Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1905

23 (27.1.1905)

Visual Library

Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. — **Abonnementspreis:** ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 70 Pfg., vierteljährlich Mk. 2.10. In der Expedition und den Ablagen abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt Mk. 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht Mk. 2.52 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition: Luisenstraße 24. Telefon: Nr. 128. — Postzeitungsliste: Nr. 8144. Sprechstunden der Redaktion: 12—1 Uhr mittags. Redaktionsschluß: 1/2 10 Uhr vormittags.

Inserate: die einspaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg., Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — Schluß der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vormittags 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachmittags, aufgegeben sein. — Geschäftsstunden der Expedition: vormittags 1/2 8—1 Uhr und nachmittags von 2—1/2 7 Uhr.

Nr. 23. **Karlsruhe, Freitag den 27. Januar 1905.** **25. Jahrgang.**

Der Zar.

Was auch Rußlands nächste Zukunft sein mag, der 22. Januar 1905 wird für das Riesenreich zwischen dem weißen und schwarzen Meer und zwischen der Ostsee und dem gelben Meer ein wichtiger Tag bleiben, wichtiger noch für die Krone wie für das Volk. Bisher hat das bis in seine letzte Tiefen unzufriedene russische Volk, vor allem der Bauer, der verderbten, hochmütigen, eigenmächtigen, unersättlichen Beamtenschaft die Schuld für die Mißregierung des Landes, für die Willkür der Verwaltung, für Elend und Not des Volkes zugeschrieben, überzeugt, daß der Zar gut und gerecht ist, daß er den Zustand seines Reiches von Grund aus ändern würde, wenn er wüßte, wie in seinem Namen regiert und verwaltet, Steuer erhoben und Recht gesprochen wird. In orientalischer Tradition sah der russische Bauer und der in ähnlicher Umgebung aufgewachsene Fabrikarbeiter in dem Zaren ein übermenschliches Wesen, nicht nur den Herrscher über Menschen, ihren Körper, ihres Gutes, ihrer Seelen, nicht nur den obersten Kriegsherrn, den Alleinherrscher, den obersten Geistlichen der griechischen Kirche, sondern ein halbgöttisches Wesen, auf den die Gnade des himmlischen Herrn ausgegossen ist, der Vertreter und Ausüber göttlichen Willens auf Erden ist. Der Einfluß von Byzanz, von wo aus christliche Lehre und Kultureinflüsse mannigfachster Art nach Rußland gekommen sind, zeigt sich auch in der überragenden Stellung des Kaisers. Erst Katharine II., Voltaire's und Diderots Freundin, die Schöpferin des ersten halbmodernen Parlaments, hat die bis dahin übliche Begrüßung der Untertanen abgeschafft, daß der Saum des kaiserlichen Gewandes demütig geküßt wurde, doch geschieht dies heute noch symbolisch.

So hocherhaben der Zar dem russischen Volke auch erscheint, so ist er ihm andererseits menschlich nahe, es nennt ihn Väterchen, es spricht von ihm, indem es seinen Namen mit dem seines Vaters verbindet, es spart sich bei aller Loyalität jede Titulatur, es redet einfach von Nikolai Alexandrowitsch und meint damit den Alleinherrscher aller Reußen, dessen Titel und Würden viele Blätter füllen. Wenn man die Briefe liest, die von den Petersburger Arbeitern an den Zaren gerichtet wurden, so erkennt man deutlich das Verhältnis zum Zaren, das dem Fabrikarbeiter mit bäuerlichem Gesichtskreis vorschwebt. Alles wird besser werden, wenn Väterchen unsere Leiden kennt, wir wollen ihm unsere Klagen vortragen, wir wollen sein Trostwort vernehmen, wir wollen hören, wie er erstaunt, wenn wir ihm unser freudloses Dasein schildern, wir wollen beruhigt und erhoben in unsere feuchten Höhlen, in unsere schwülen Fabriken zurückwandern, wenn uns Nikolai Alexandrowitsch gesagt haben wird, er werde schon sorgen, daß es besser werde. Wenn kaum einer der gemordeten Proletarier Goethe kennt, so schwebte ihnen doch wohl der Ausspruch vor: „Wir lernen die Menschen nicht kennen, wenn sie zu uns kommen; wir müssen zu ihnen gehen, um zu erfahren, wie es mit ihnen steht.“ Der Zar kam zu ihnen blos in Gestalt des Steuerboten, des Gerichtsvollziehers, des Rekrutierungskommissars, des Gendarmen, des Gefangenenwärters, sie wollten ihn leibhaftig sehen, von ihm Red' und Antwort heischen. Der Gedanke, die hohe Zwischenwand, die Volk und Gottes Stellvertreter auf Erden trennt, das Beamtentum zu umgehen und Aug' in Aug' gegenüberzustehen dem Quelle aller Gnaden, dem auf das Beste seiner Völker sinnenden Kaiser, führte die Massen auf den Weg zum Winterpalais. Sie hätten dem Zaren kein Haar gekrümmt, er hätte ungescheut in die Mitte des Proletarierzuges ohne jede Begleitung treten können, er hätte weniger zu fürchten gehabt, als mancher seiner Vorfahren von der Hofgesellschaft. So war es bis zum denkwürdigen 22. Januar 1905, und daß sich das nun völlig geändert hat, ist von der tiefsten Bedeutung für das Denken und Fühlen des russischen Volkes, des Bauern und des Arbeiters, es ist von unauslöschbarer Wirkung für die Stellung des Zaren im russischen Volksglauben.

Nikolaus II. ist unähnlich seinem Vorgänger auf dem Throne, dem ersten Nikolaus. Dieser kannte keine Furcht; er beschwor die aufrührerischen Geister seines Volkes und seiner Soldaten durch seinen Mut; er trat unter seine Feinde und machte sie dadurch schlaff und untätig. Nikolaus II. floh aus der Hauptstadt, ähnlich wie Ludwig XVI. Versailles aufsuchte, als das Volk die im Hofzeremoniell festgesetzte Entfernung von den Stufen des Thrones nicht mehr beachtete. Nikolaus ließ alle verfügbaren Soldaten in die Hauptstadt kommandieren und befahl ihnen, das Volk von sich fernzuhalten. Er zerstörte damit all' die naiven Hoffnungen, all' das Vertrauen, das die naiven Untertanen in den Träger der Krone setzten; ja, er vergoß in Strömen unschuldiges, treuestes Blut, das bereit gewesen wäre, sich zu opfern für die Person des Kaisers, wenn auch nicht für die Politik seiner Ratgeber. Dieses Blut wird dem Zarismus teurer und verhängnisvoller werden, als alle Blutschuld, die dem Geschlechte der alten und neuen Romanows anhaftet. Dieses Blut wird nach Rache schreien, nicht Fluch und Verwünschung wird den kommenden Terroristen aus dem Volke entgegenschallen, sondern ein Gefühl der Genugtuung wird diejenigen erfüllen, die die gemordeten Brüder, Väter und Söhne, Arbeitsgenossen und Landsleute nicht vergessen können und die für das vergossene Blut ihren Kaiser und Herrn verantwortlich machen.

Bestand bisher die Stärke, ja die Unbezwingbarkeit des Zarentums darin, daß die revolutionären Gewalttaten ohne Widerhall im Volke blieben, daß selbst die lange Reihe von terroristischen Attentaten in den letzten Jahren Alexanders II. an der russischen Volksseele spurlos vorübergingen, so dürfte dies vorbei sein. Ein Anschlag auf Nikolaus wird heute Beifall finden, wo er ehegestern nur Fluch und Verwünschung geerntet hätte. Noch gefährlicher für das Alleinherrschertum ist aber die Lehre, die der 22. Januar 1905 den russischen Bauern eingebläut hat. Ihr Sprichwort: „Der Himmel ist hoch, der Zar ist weit!“ wird andere Bedeutung erhalten. Bisher ist nur die Beamtenschaft verantwortlich gemacht worden für den Zustand des Reiches im großen und im kleinen, unausrottbar schien die Ueberzeugung von einem Gegensatze zwischen dem Alleinherrscher und den seinen besten und schönsten Willen fälschenden Dienern, den grausamen Blutsaugern des Volkes. Nun werden dem Zaren mildernde Umstände kaum mehr so reichlich zugebilligt werden; nun wird man ihn, der Tausende ermorden ließ, weil er seinem Volke fremd bleiben wollte, verantwortlich machen, wie es sich gebührt für den, der jede Mitwirkung seiner Völker an der Gestaltung ihres Schicksals verhindert.

Die Wunden, die am 22. Januar dem Petersburger Arbeiter geschlagen wurden, sie werden am Leibe des Zaren niemals heilen; die Kugeln, welche sein Bild durchlöcherten, werden ihre Spuren hinterlassen, so lange Nikolaus II. Alleinherrscher aller Reußen und Gefangener übler Berater bleibt.

Politische Uebersicht.

× **Die öffentliche Meinung über den Bergarbeiterstreik und die Gesetzgebung.**

„Alle Parteien gegen uns“, hat Herr Kirdorf gesagt, und er hat — wenn man von einem kleinen Häuflein nationalliberaler Soldknechte des Kohlensyndikats absieht — Recht. Wie es mitunter in Zeiten hochgradiger Erregung vorkommt, ist es auch diesmal: an der Seite der kämpfenden Arbeiter sieht man plötzlich Erscheinungen auftauchen, die man hier nie vermutet hätte. Der Streik im Ruhrrevier ist seinem Wesen nach reiner Klassenkampf; er ist es gerade deshalb, weil im Ruhrrevier der proletarische Solidaritätsgedanke über alle Verschiedenheiten der politischen Meinungen gesiegt hat. Auch von nichtorganisierten Gesinnungslosen, den Zentrumsanhänger, den Freisinnigen hat so gut wie den Sozialdemokraten die allgemeine Flut des Kampfgedankens mit sich fortgerissen. Zugleich sehen sich die bürgerlichen Elemente aus den verschiedenen Gründen veranlaßt, auf Seite der Streikbewegung zu treten. Zentrum und Freisinn können nicht gegen den Streik stehen, ohne sich als antiproletarische Parteien zu demaskieren und Zehntausende ihrer proletarischen Mitläufer in das Lager der Sozialdemokratie zu treiben. Die Landwirte des Ostens schieben dem ewigen Menschenhunger der Kohlengruben die Schuld an der Leutenot zu, schließlich verurteilen alle Konsumenten, die großindustriellen Kohlenverbraucher an der Spitze die wucherischen Preistreibereien des Syndikats.

Schließlich ist es Sache der Theorie, eine so auffällige Erscheinung wie es die Stellungnahme der bürgerlichen Parteien gegen ihre Klassenkameraden an der Ruhr, ausführlicher zu erklären. Dem praktischen Politiker genügt es, die Gunst des Augenblicks wahrzunehmen, da Kardinäle mit dem sozialdemokratischen Parteivorstand für ein und dieselbe Sache Gelder spenden und der fromme Reichsgerichtsrat Spahn im Reichstage Reden hält, die beinahe revolutionär anmuten. Soviel steht fest: hätte in den Tagen, da über die sozialdemokratische Interpellation beraten wurde, der Entwurf eines Reichsgesetzes dem Reichstage vorgelegen, es wäre sicher nichts Vollendetes, sicher aber etwas weit Vernünftigeres und den Arbeitern Nützlicheres zustande gekommen, als man es in normalen Zeiten von diesem Reichstag erwarten dürfte.

Leider haben aber die streikenden Kohlengräber in jenen drei Tagen von der deutschen Volksvertretung nichts anderes bekommen als schöne Worte. Daß sie sich mit einem so mageren Ergebnis bescheiden müssen, liegt in der Geschäftsordnung des Reichstags, mehr noch an den allgemeinen politischen Zuständen des deutschen Reiches. Die gesetzgeberische Iniative ist im deutschen Reichsparlament völlig lahmgelegt. Der Reichstag ist dadurch aus der Rolle eines gleichberechtigten Faktors der Gesetzgebung in die eines Petenten zurückgedrängt. Geschäftsordnungsmäßig gibt es für seine Parteien, wenn sie eine Angelegenheit zum Gegenstand dringlicher Beratung machen wollen, keinen gangbaren Weg, als den der Interpellation. In den Geschäftsordnungen anderer Parlamente besteht die Einrichtung der sogenannten dringenden Anträge, die, wenn sie qualifizierte Unterstützung erhalten, sofort auf die Tagesordnung gesetzt werden müssen. Nun sind diese Dringlichkeitsanträge in Oesterreich allerdings eine richtige Plage geworden, weil sie dort das beste Werkzeug einer planmäßigen Obstruktion sind. Wenn man aber glaubt, daß im Deutschen Reichstage nicht obstruiert wird, so ist man im Irrtum, ganz im Gegenteil ist dadurch, daß alle Iniativanträge die gleiche stiefmütterliche Behandlung erfahren, die Obstruktion der allgemeine Zustand geworden. Die Tagesordnungen der ganzen Sessionsperiode sind durch die Iniativanträge verrammelt, die gleich zu Beginn gestellt worden sind, und als die einzig Bevorrechteten gehen aus dem Gedränge die Regierungsvorlagen hervor, während alle gesetzgeberischen Anregungen den schmählichen Erstickungstod erleiden.

Daß dem wirklich so ist, läßt sich am besten an der Materie selbst beweisen, die den Gegenstand der Interpellation gebildet hat.

Im Jahre 1895 hat die **sozialdemokratische Fraktion** im Reichstage den Antrag auf Erlaß eines **Reichs-Berggesetzes** gestellt. **Der Antrag blieb unerledigt.**

Im Jahre 1897 stellte die sozialdemokratische Fraktion abermals den Antrag auf Erlaß eines Reichsberggesetzes. **Auch dieser Antrag blieb unerledigt.**

Im selben Jahre stellten die Freisinnigen einen ähnlichen Antrag. **Auch dieser Antrag blieb unerledigt.**

Endlich am 24. Januar 1900 — **also nach fünf Jahren** — kam der Reichstag dazu, auf erneuten Antrag der Sozialdemokraten und Freisinnigen — über ein Reichsberggesetz zu beraten? Nein, er kam nur dazu, den Beschluß zu fassen:

den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstage **baldigst** den Entwurf eines Reichsberggesetzes vorzulegen.

Seit **10** Jahren wird also der Erlaß eines Reichsberggesetzes angestrebt. Vor **fünf** Jahren kam man endlich dazu, es dringend zu verlangen. Nach abermals fünf Jahren — hat man es noch immer nicht.

Die bürgerlichen Parteien, die den Reichstag beherrschen, tragen die Schuld an diesem unwürdigen Zustande. Sie haben den Reichstag zu einem Lakaien der Gesetzgebung herabgewürdigt, der nicht selbständig beschließen kann, vielmehr gehorsamst warten muß, bis ein löblicher Bundesrat sich zur Vorlage eines Gesetzes entschließen will. Im Bundesrat aber will man, Herr Möller hat es gesagt, kein Gesetz ab irato, d. h. in der ersten Leidenschaft beschließen. Den Bundesrat aber hat die „erste Leidenschaft“ noch gar nicht gepackt; sie muß ihn erst gepackt haben und wieder — vorübergegangen sein, bevor er sich zum Beschluß aufrafft, eine Vorlage zu machen. Es wird also noch viel schmutziges Wasser die Ruhr hinunterlaufen, bevor die streikenden Bergarbeiter vom Bundesrat und der bürgerlichen Reichstagsmehrheit mehr erhalten werden als wohlaufgesetzte Reden.

Aus Baden.

* **Die Aktien der Gesellschaft „Badenia“ betreffend** teilt uns ein Besitzer solcher Aktien, der uns — wie wir jetzt erst erfahren haben — die beiden Rechenschaftsberichte aus den Jahren 1901 und 1903 zugeschickt hat, mit, daß er entschieden bestreitet, daß kirchliche Behörden oder Fonds berechtigt sind, in solchen Aktien Teile ihres Vermögens anzulegen. Dem widerspreche der § 3 der Gesellschafts-Statuten, in welchem der Zweck des Unternehmens begründet ist. Des weiteren verweist der Korrespondent auf den § 40 genannter Statuten, von dem er nicht mit Unrecht behauptet, daß er ebenso auf dem Papier stehe wie die christliche Nächstenliebe der Zentrumschristen. Es heißt nämlich im § 40:

Der Prinzipienreiter.

Eine Geschichte aus dem Jahre 1848.

Von Wilhelm Blos.

29) (Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

„Serenissimus brauchen Höchstihre Pferde selber,“ sagte der Oberstallmeister.

„Ach was,“ schrie der dicke Schlächtermeister, der im Schlosse die Modelle zertrümmert hatte, „Serenissimus sollen auf Höchstihren Prinzipien herumreiten!“

Schließlich wurden die Pferde herausgegeben. Serenissimus waren zwar darüber höchst erbost, geruhten aber ein Auge zuzudrücken.

So war nunmehr auch die Bürgschaft für die neue Freiheit vorhanden; wenigstens glaubte man das.

Mehrere Tage dauerten der Jubel und die Ausgelassenheit fort, und die guten Bürger waren unmäßig stolz auf die neu errungene Freiheit, während die Proletarier genau so „schuften“ mußten wie zuvor, und manchmal schlechter als sonst bezahlt wurden, da der Geschäftsgang in solchen kritischen Zeiten immer ein flauer zu sein pflegt.

Einige Tage nach der Einsetzung der neuen Regierung befand sich die Residenz wieder in großer Aufregung. Ein Flugblatt war in Tausenden von Exemplaren verteilt worden. Die unbekannten Verfasser hatten von der neuen Preßfreiheit den ausgiebigsten Gebrauch gemacht. So etwas hatte man bisher im Reiche Erichs des Neunundneunzigsten nicht gedruckt gesehen. Das Flugblatt war gegen Lolo gerichtet und forderte die Bürger mit den heftigsten Ausdrücken auf, die „spanische H—e,“ die den Schweiß des Landes verprasse, davon zu jagen. So lange diese fremde Abenteuerin im Lande sei und ihre Ränke spinne, könnten die guten Bürger auf eine wirkliche Freiheit nicht hoffen.

„Das haben die vom Adel getan,“ rief Thiel, als er das Flugblatt gelesen hatte. „Die wollen eben eine ihrer Töchter an die Stelle der Spanierin bringen.“

Gegen Mittag sah man starke Menschenansammlungen auf den Straßen. „Zum Teufel mit der Spanierin! Nieder mit der Maitresse! An den Galgen mit der Blutsaugerin!“ So schollen die Rufe durch die Stadt, und eine riesige Menschenmasse strömte vor dem Ministerium zusammen. Die neugebildete Bürgerwehr stand Gewehr im Arm vor dem Ministerialgebäude; eine Abteilung hatte Lolos Haus besetzt.

Inzwischen hatte sich im fürstlichen Schloß eine dramatische Szene abgespielt. Als der Minister Mylius die durch das Flugblatt hervorgebrachte Erregung sah, eilte er in das Schloß, wo er sogleich vorgelassen wurde. Er fand den Fürsten mit Lolo in einem kleinen Gemach.

Lolo, in einem reizenden Neglige, las dem Fürsten ein Kapitel aus Casanovas Memoiren vor und zwar jenes, in dem der geistreiche Italiener schildert, wie er der Hinrichtung des Attentäters Damiens in Paris auf dem Greveplatz zugesehen hat und was ihm da mit einer altadeligen Dame, die am gleichen Fenster mit ihm stand, passiert ist. Beide lachten aus vollem Halse, als der Minister eintrat.

Dr. Mylius verbeugte sich kurz; der Fürst aber frug unwillig:

„Was gibt es denn schon wieder?“

„Aufruhr!“

„Aufruhr und kein Ende!“ rief zornig der Fürst. „Ich habe ihnen doch schon Alles bewilligt.“

Dr. Mylius zuckte mit den Achseln: „Der Stein ist einmal im Rollen!“

„Wenn man nur ein zuverlässiges Bataillon hätte!“ knirschte Lolo. „Aber es werden auch andere Zeiten kommen!“

Der Minister schaute sie scharf an und sagte fest: „Dies Mal handelt es sich um Sie!“

„Um mich?“ fuhr Lolo erstaunt.

„Nun ja,“ antwortete Mylius, „die Junker nehmen ihre Rache an Ihnen. Das Flugblatt, das heute verbreitet wurde, ist jedenfalls eine Mache der Knobelsdorff und Konsorten. Aber die Masse ist nicht mehr zu beruhigen. Es rast der See und will sein Opfer haben.“

„Er soll es aber nicht haben!“ schrie der Fürst. „Ich steige zu Pferde und verteidige Lolo!“

„Diese Demokratie sollte mir dankbar sein dafür, daß ich den Adel gestürzt habe,“ rief Lolo, „was sie selber niemals fertig gebracht hätte. Und nun opfert sie mich feige dem Pöbel!“

„Nein, das wird nicht geschehen, das wird niemals geschehen,“ rief der Fürst. „Eher mag alles zu Grunde gehen.“

„Durchlaucht,“ sprach nun der Minister ernst, „es gibt Gründe des Staatswohls, vor denen alle anderen schwinden müssen. Ich bedauere, darauf bestehen zu müssen, daß die Gräfin sich entfernt.“

„Ich widersetze mich der Gewalt mit Gewalt,“ donnerte der Fürst. „Du bleibst bei mir!“ Damit zog er Lolo in seine Arme.

Der Minister verbeugte sich:

„Gestatten mir Ew. Durchlaucht zu bemerken, daß Hochdieselben im Augenblick keine Gewalt haben. Das Militär ist unzuverlässig und die Bürgerwehr steht in diesem Fall durchaus auf Seiten des Volkes.“

„So sollen doch zehntausend Millionen Donnerwetter dreinschlagen,“ schrie Erich. „Ich will nicht. Nein, ich will nicht.“

Er warf sich wild auf ein Sopha und vergrub sein Gesicht in den Händen. Lolo streichelte sein Haar.

„Die Dynastie ist in Gefahr,“ sprach Dr. Mylius. „Es gilt einen raschen Entschluß, denn es könnte zu spät werden. Man hat schon den Ruf gehört: Es lebe die Republik!“

„Oh! Oh!“ stöhnte Erich. „Die Republik!“

Jetzt richtete sich Lolo hoch auf, und man sah, daß sie einen Entschluß gefaßt hatte.

„Die Dynastie soll meinetwegen keinen Schaden nehmen,“ sprach sie; „ich gehe.“

Der Fürst zuckte krampfhaft zusammen.

„So kann ich,“ sprach der Minister, „dem Volke die Versicherung geben, daß Sie in zwei Stunden jenseits der Grenze sind.“

„In einer halben Stunde,“ sagte Lolo grimmig.

„Und bekomme ich darauf das Wort Ew. Durchlaucht?“ frug der Minister.

Erich schaute wild um sich, dann knurrte er:

„Ja, mein fürstliches Wort!“

Der Minister empfahl sich und Erich tat einen Schrei der Wut und Verzweiflung.

„Nur ruhig Blut!“ sprach Lolo, „es ist nicht viel verloren. Ich halte mich in einem Ort an der Grenze auf, wo es ruhig ist. Wir können uns ja sehen, so viel wir wollen. Kuriere können einen täglichen brieflichen Verkehr vermitteln. Wenn dann die Flut des Pöbelaufruhrs wieder verlaufen ist, kehre ich zurück.“

„Lolo, mein Schatz, mein alles, du gibst mir das Leben wieder,“ rief Erich . . . .

Bald darauf fuhr Lolo in einem dichtgeschlossenen Wagen über die Grenze . . . .

Der Minister kehrte in seine Wohnung zurück. Kaum konnte er durch die dichten Volksmassen dringen. Er trat auf den Balkon und verkündete mit weithin schallender Stimme, er habe des Fürsten Wort, daß die Gräfin von Schalksburg noch heute über die Grenze gehe.

„Gräfin von Schalksburg?“ rief es drunten mit rauher Stimme, „wer ist das?“

„Lolo Mendoza, wenn Sie lieber so wollen,“ antwortete der Minister.

„Und fürstliche Maitresse! Möge sie der Teufel holen!“

„Meinetwegen!“ knurrte der Minister. Dann erhob er seine Stimme:

„Und nun, liebe Mitbürger, ist euer Wunsch erfüllt. Begebt euch nach Hause an euere Geschäfte!“

Er verbeugte sich und trat zurück.

Die Menge verlief sich rasch zum großen Teil, ein anderer blieb. Dies waren meist ärmlich gekleidete Leute; es war das Proletariat von Gersdorf: Handwerksgesellen, Arbeiter, Taglöhner.

(Forts. folgt.)

Der durch die Bilanz festgestellte Reingewinn wird auf Beschluß des Aufsichtsrats wie folgt verteilt:

a) 5 Prozent des Aktienkapitals an die Aktionäre, sodann
b) 10 Prozent des Restgewinns an den Reservefond,
c) **der Rest wird als Superdividende auf die Aktien verteilt.**

Die Höhe der Dividenden setzt der Aufsichtsrat fest.

Herr Wacker und seine Getreuen setzen allerdings die Dividenden fest, aber ausbezahlt werden sie nicht. In Wirklichkeit zahlt die Gesellschaft nur $4^1/_2$ Prozent Zins. Beispiel: 150 Mk. Aktienkapital bringen jährlich 6,75 Mk., also genau $4^1/_2$ Prozent. Es wurden auch schon nur 4 Prozent bezahlt. Das sind doch keine Dividenden, sondern es ist Zins, wie er auf jeder Bank bezahlt wird, und nicht etwa deshalb, weil keine hohen oder gar keine Dividenden bezahlt werden, sondern weil ein großer Teil des Ueberschusses nicht an die Aktionäre, sondern an die **Zentralkasse der Zentrumspartei** bezahlt wird. Schon aus diesem Grunde ist es m. E. nicht gestattet, daß kirchliche Fonds oder Behörden ihr Geld in diesen Aktien anlegen. Verteilt man 5000 Mk. auf die 750 Aktien, so ergiebt sich per Aktie 6,60 Mk., was also einer Dividende von nahezu $4^1/_2$ Prozent entspricht. Da es aber sehr fraglich wäre, ob man diese große Summe von 5000 Mk. bei **statutengemäßer** Verteilung für den großen Sack der Zentrumswahlkasse erhielte, hilft man sich damit, daß man sie gar nicht unter die Aktionäre verteilt, wie es das Statut vorschreibt. Im Aufsichtsrat sitzen eben durchweg Leute, die ein parteipolitisches Interesse an dieser Art Verteilung des Ueberschusses haben und auch unter den Aktionären hat die Mehrheit dasselbe Interesse. Die Minderheit ist demgegenüber machtlos. Wohl heißt es „Gewinnanteilscheine," aber der Gewinn fließt in die Zentrumswahlkasse, die **nicht** im Besitze von „Badenia"-Aktien ist. Freilich wird man einwenden, daß es Beschluß der Generalversammlung der Aktionäre ist. Es soll aber einmal ein Aktienbesitzer gegen derartige Beschlüsse protestieren. Wacker und seine Getreuen würden ihn ebenso abputzen, wie den „jungen Mann mit dem Hornzwicker und Stehkragen", der in der Karlsruher Versammlung Wacker zurief, der Geistliche habe in der Kirche keine Politik zu treiben. Der Antrag, die Hälfte des Ueberschusses der Zentralwahlkasse der Zentrumspartei alljährlich zu überweisen, ist m. E. statutenwidrig, denn das Statut bestimmt genau, **wie** der Gewinn zu verteilen ist. Freiwillig kann ja jeder Aktionär der Zentrumswahlkasse so viel geben, als er will. Dem Aktienbesitzer aber den ihm statutengemäß zukommenden Gewinn einfach nicht auszubezahlen und ihn der Zentrumswahlkasse zu überweisen, dagegen muß man protestieren. Ich meine dieses Vorgehen widerspricht nicht nur den Statuten der Gesellschaft, sondern auch den Gesetzen. Mit welchem Recht verzichten kirchliche Fonds und kirchliche Behörden, die im Besitze solcher Aktien sind, zu Gunsten der Zentrumswahlkasse auf den diesem Fond von rechtswegen und statutarisch festgelegten Gewinnanteil? Dazu haben sie m. E. absolut kein Recht, sofern sie überhaupt rechtlich in der Lage sind, solche Aktien zu erwerben, bezw. wenn sie solche geschenkt bekommen, nicht verpflichtet sind, ihren Wert anderweitig festzulegen. Was der „Bad. Beobachter" dagegen ins Feld führte, waren nur fadenscheinige Gründe.

* **Illusionen.** In der „Köln. Zeitg." schreibt ein nationalliberaler Freiburger Korrespondent:

„Erst durch die kürzlich in einer Karlsruher Volksversammlung gehaltene Rede des Geistlichen Rats Wacker war es bekannt geworden, daß dem bekannten Rundschreiben des Zentralkomitees der Zentrumspartei, in welchem unter Hinweis auf die Zustimmung des Episkopats der katholische Klerus aufgefordert worden war, von der Kanzel herab vor der liberalen Presse zu warnen, ein zweites Schreiben an die Geistlichen des Landes gefolgt ist, das die zu „Mißverständnissen" Anlaß gebenden Stellen des Wackerschen Rundschreibens berichtigt hat. Für jeden, der den Geistlichen Rat Wacker kennt, war ohne weiteres klar, daß ein solcher Rückzug dieses in der Zentrumspolitik groß gewordenen Mannes einzig und allein auf einen deutlichen Wink von oben, das heißt in diesem Fall von der Freiburger Kurie, zurückgeführt werden muß. Wie sollte aber diese dazu kommen, den Vorsitzenden des Zentralkomitees, einen Wacker, in die Schranken zu weisen, wo doch der höchste katholische Geistliche des Landes, Erzbischof Nörber selbst, erst vor wenigen Wochen die Kanzel dazu benutzt hat, vor der liberalen Presse zu warnen? Des Räsels Lösung ist einfach. Wie wir von durchaus zuverlässiger, dem hiesigen Ordinariat nahestehender Seite erfahren, hat sofort nach Bekanntwerden des berühmten Wackerschen Rundschreibens der Kultusminister Freiherr von Dusch, wie angenommen werden muß, wohl im Auftrag des Staatsministeriums, an den Erzbischof ein sehr höfliches, aber dafür um so entschiedeneres Schreiben gerichtet und unter Hinweis auf das nach Form und Inhalt Anstößige des Wackerschen Elaborats, eine Richtigstellung bezw. eine Zurücknahme des Rundschreibens gefordert. Aus naheliegenden Gründen haben sowohl die Kurie, deren Stellung ja durch Wacker schwer gefährdet war, wie Wacker selbst den Rückzug angetreten. Damit erklärt sich wohl auch die auffällige Gereiztheit, die Wacker in der Karlsruher Versammlung letzte Woche an den Tag gelegt haben soll, besonders der Ton, den er in seiner zweistündigen Rede gegen den Minister des Innern anzuschlagen beliebte. Möglicherweise hat er hinter letzterm den geistigen Urheber des Anschlags gegen die Kurie und gegen seine Person gewittert. Begreiflicherweise herrscht besonders in hiesigen jungliberalen Kreisen nicht geringe Befriedigung über die Entschiedenheit des Kultusministers, und man schöpft aus diesem neuesten Vorgang, der wohl in allen liberalen Kreisen unseres Landes Beachtung finden wird, die Hoffnung, daß die Regierung auch fernerhin den Mut finden wird, dem Vordringen des Klerikalismus entschiedenes Halt zu gebieten. Auf die Haltung der gemeinsam marschierenden liberalen Parteien gegenüber der Regierung und der Konservativen gegenüber dem Zentrum wird der gegenüber einem Wacker bewiesene Mut des Kultusministers nicht ohne Einfluß bleiben."

Was sich doch gewisse Leute für Illusionen machen. Angenommen der Kultusminister habe bei der Kurie wegen des Wackerschen Rundschreibens an die Pfarrämter eine Richtigstellung oder die Zurücknahme desselben verlangt, hat dann Wacker oder hat die Kurie etwas getan, wodurch der Effekt des Wackerschen Rundschreiben an die Pfarrämter ein anderer geworden wäre, als es beabsichtigt war? Wacker hat nur erklärt, es sei ein zweites Rundschreiben an die Geistlichen ergangen, um Mißverständnissen, die nur eine böswillige Auslegung in dem Ukas finden konnte vorzubeugen. Sachlich hat Wacker nicht nur keinen Rückzug angetreten, im Gegenteil er hat in seiner Karlsruher Rede mit Nachdruck den Standpunkt der Berechtigung der politischen Kanzelagitation verteidigt. Die Entschiedenheit des Kultusministers" hat also praktisch gar nichts zu bedeuten. Es bleibt dabei, daß die katholischen Geistlichen unter Zustimmung der Kurie die Kanzel zur Propaganda für die Zentrumspresse und gegen die sozialdemokratische und nationalliberale Presse mißbrauchen. Auch die Haltung der Regierung gegenüber dem anmaßlichen und herausfordernden Benehmen des Klerikalismus aus Anlaß dieses Vorganges Hoffnungen für die Zukunft zu schöpfen, ist eine Illussion. Es gehört doch wahrhaftig kein großer Mut dazu, in höflichen Verstellungen gegen die Form der Aufforderung zum Mißbrauch der Kanzel zu politischen Zwecken sich an die Kurie zu wenden. Wir meinen da müßte ganz anders dreingefahren werden.

* **Ein desavouierter Vaterlandsretter.** Nach langer Zeit ist es unseren Genossen wieder gelungen, in Mosbach wieder ein Versammlungslokal zu bekommen. Der Vorstand des dortigen Militärvereins glaubte sich dem bedrohten Vaterland gegenüber als Retter in der Not aufspielen zu müssen und schickte an den Wirt, der unsern Genossen sein Lokal zu einer Versammlung zur Verfügung gestellt hatte, den folgenden Ukas:

Kriegerverein Mosbach.

Mosbach, den 19. Jan. 1905.

Herrn Bierbrauer Stecher, Wirt zum "Felsenkeller" dahier.

Werter Herr Kamerad!

Wie ich in Erfahrung brachte, soll in ihrem Lokal in nächster Zeit eine sozialdemokratische Versammlung stattfinden. Da sie Mitglied des hiesigen Militärvereins sind, muß ich Sie darauf aufmerksam machen, daß § 7, Abs. 8 unserer Normalstatuten lautet: „Ausgeschlossen aus dem Verein muß ohne weiteres durch den Verwaltungsrat werden, wer ..... der sozialdemokratischen Partei sich anschließt oder deren Bestrebungen durch Worte oder Handlungen fördert,"

Ich gebe diese Bestimmung zum Bedenken und überlasse es Ihnen, die Folgerungen daraus weiter zu ziehen, welche heißen: „Entweder Nichtabgabe Ihres Lokals zu einer sozialdemokratischen Versammlung oder Austritt aus dem Kriegerverein,"

Ich hoffe, daß Sie ersteres tun werden und bin mit kameradschaftlichem Gruß

Ihr Vorstand des Kriegervereins

A. Brandenberg.

Der Wirt ließ sich jedoch nicht einschüchtern. Er machte in einer Anzeige im Amtsverkündiger bekannt, daß sein Lokal allen Parteien zur Verfügung stehe und er selbst keiner Partei angehöre. So konnte die Versammlung denn am letzten Sonntag Mittag stattfinden und hatte einen sehr starken Besuch, namentlich auch aus bürgerlichen Kreisen, aufzuweisen.

Genosse Dreesbach referierte und geißelte am Schlusse seiner Rede das Benehmen des „tapfern" Kriegervereinsvorstandes. In der Diskussion nahm zunächst der Vorsitzende des Mosbacher Nationalliberalen Vereins, Herr Notar Leist, das Wort. Er glaubte, die Nationalliberalen gegen den Verdacht in Schutz nehmen zu müssen, als ob sie sich an dem versuchten Abtreiben des Lokals beteiligt hätten. Im übrigen könne er sich mit Dreesbachs Ausführungen zum größten Teil einverstanden erklären. Ein weiterer Redner, Herr Schreinermeister Hämmerling ist zweiter Vorsitzender des Kriegervereins; er nimmt ebenfalls Bezug auf das fragliche Schreiben und führt aus, daß der erste Vorsitzende mit demselben entschieden einen Mißgriff getan habe. Heute Vormittag hätte eine Sitzung des Verwaltungsrats des Kriegervereins stattgefunden und dabei habe sich gezeigt, daß der Verwaltungsrat beinahe einstimmig in dieser Frage anderer Meinung sei als der erste Vorsitzende, Herr Brandenburg! Er versicherte weiter, daß von einem Ausschluß des Wirts Stecher keine Rede sein köune.

Ob die genannten Herren diesen Mißgriff des Herrn Brandenburg wohl auch mißbilligt hättten, wenn man auf die Hilfe der Sozialdemokratie im Wahlkreis des Herrn Obkircher bei den nächsten Landtagswahlen nicht spekulieren würde? Tatsache ist, daß bisher von nationalliberaler Seite gegen diesen militärvereinlichen Terrorismus nicht nur nichts geschehen ist, sondern daß man ihn stets als selbstverständlich verteidigt hat. Es soll uns freuen, wenn in dieser Beziehung jetzt eine andere liberale Auffassung Platz gegriffen hat und wenn man überall und nicht nur in den Wahlkreisen, wo man die Sozialdemokraten bei den Wahlen ködern zu können hofft, gegen den Terrorismus der Kriegervereine vorgegangen wird.

Deutsches Reich.

* **Die Handelsverträge kommen!** Wie die „Nordd. Allg. Zeitung" jetzt endlich und scheinbar endgiltig meldet, ist die Paragraphierung des Textes des deutsch-österreichischen Handelsvertrages durch die beiderseitigen Kommissare Dienstag Abend erfolgt und gegen Mitternacht vollendet worden. Die Unterzeichnung steht unmittelbar bevor.

In wenigen Tagen wird also die Hülle fallen! Anfang Februar wird sich der Reichstag mit den neuen Wucherverträgen zu beschäftigen haben! Es gibt neuen Kampf!

* **Das lippische Versorgungsthrönchen** mit seinen ertragreichen Domänen und flottgehenden Molkereien wird in einem Schreiben an den Bundesrat von dem Grafen und Edlen Herrn von Lippe-Weißenfeld requiriert, falls die Ansprüche des Biesterfelders abgewiesen werden sollten. Einen Befähigungsnachweis, daß und wo er das Regieren gelernt habe, hat der Edle Herr nicht beigefügt. So etwas wird ja auch nicht verlangt, wenn nur die Ahnfrauen „analysenrein" sind.

Ausland.

Frankreich.

ac. **Die französischen Zarenknechte.** Soweit wir übersehen, findet die hinterlistige Niederschießung der wehrlosen Menschen in Petersburg, welche unbewaffnet vor den Kaiserpalast gezogen kamen, um bei dem Zar Hilfe zu suchen, in allen zivilisierten Ländern und zwar in der Presse fast aller Parteien die schärfste Verurteilung, mit einer Ausnahme und das ist — Frankreich. Dort bringt die nationalistisch-klerikale Presse es fertig, das Blutvergießen in Petersburg zu verteidigen. Drumont hat die Stirn zu höhnen: „Was wollen in Wirklichkeit diese Bauern? Sind sie nicht viel mehr vorgeschritten auf dem Wege der sozialen Revolution, als alle andern europäischen Völker? Sie haben den Mir (die russische Dorfgemeinschaft), welcher der vollkommenste Typus derjenigen Eigentumsform darstellt, von dem Jaures und seine Freunde träumen." Für den „Gaulois" ist die Unterdrückung nach dem Petersburger Muster das einzige Mittel, die Autorität zu retten. Die „Gazette de France" zollt dem Zaren ihre Anerkennung, daß dieser es ablehnte an den Fenstern seines Palastes zu erscheinen. Die „Patrie" meint, die Macht müsse der Macht erhalten bleiben und die „Liberte" beglückwünscht sich und den Zaren, daß die „Ordnung" wieder hergestellt sei, wie in Warschau. Die „Republique francaise" spricht von der Niederwerfung einer Meuterei und die „Autorite" haut in dieselbe Kerbe. — Die Haltung der französischen konservativen Presse ist um so schmachvoller, als Frankreich mit Recht als das Land der Revolution bezeichnet wird und schon vor länger als einem Jahrhundert das durchgesetzt hat, was das russische Volk jetzt vergeblich von seinen Gewalthabern fordert. Selbstverständlich begegnen, wie schon erwähnt, die russischen Freiheitskämpfer bei den radikalen und sozialistischen Elementen auch in Frankreich der wärmsten Sympathien. So haben dieser Tage große Demonstrationen russischer und französischer Studenten stattgefunden. Auch die Gewerkschaften des Seine-Departements und die Arbeitsbörse, sowie einige Freidenkervereine von Paris, haben den russischen Revolutionären ihre Teilnahme bezeugt.

Wenn wir oben von der einen Ausnahme Frankreichs sprachen, so haben wir allerdings dabei nicht gedacht an jene deutschen Organe der äußersten Reaktion, die, nachdem sie die erste Ueberraschung verwunden, jetzt ihrer wahren Natur getreu, ebenfalls damit beginnen, die Schlächter von Petersburg zu verherrlichen.

Aus der Partei.

E. **Freiburg,** 25. Jan. Zu dem Bericht von der Generalversammlung des hiesigen sozialdemokratischen Vereins ist noch nachzutragen, daß im letzten Jahr hier ein „Verband jugendlicher Arbeiter" gegründet wurde. Derselbe zählt jetzt 30 Mitglieder. Den Anstoß dazu gab ein Referat des Genossen Dr. Frank aus Mannheim. Außer den drei genannten Genossen ist noch Genosse Koch zum Parteitag nach Offenburg delegiert. Eine in der Versammlung vorgenommene Sammlung zugunsten der streikenden Bergarbeiter ergab den Betrag von 40 Mk.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir an die Genossen das dringende Ersuchen richten, in diesem Jahr alles zu tun, um den Mitgliederstand des sozialdemokratischen Vereins auf eine Höhe zu bringen, die der Bedeutung der Stadt Freiburg entspricht. Es muß allen Anhängern der Partei zum Bewußtsein gebracht werden, daß man seiner Parteipflicht nicht genügt, wenn man von Zeit zu Zeit einen Stimmzettel abgibt. Gegenwärtig sehen wir, wie die russischen Arbeiter ihr Leben aufs Spiel setzen, um nur ein bißchen Freiheit zu erkämpfen. Bei uns ist es jedem leicht gemacht, seine Pflicht zu erfüllen. Drum Genossen! Ermannt euch und tretet der Parteiorganisation bei, damit die bevorstehenden Kämpfe erfolgreich geführt werden können. Agitiert überall für den „Volksfreund". Wenn einzelne Genossen in kurzer Zeit zehn Abonnenten gewinnen können, so muß es anderen auch möglich sein, wenigstens einen oder zwei neue Abonnenten zu gewinnen.

Gerichtszeitung.

E. **Freiburg,** 26. Jan. (Schwurgerichtssitzung.) Vorsitzender Landgerichtsrat Obkircher, Vertreter der Anklage Staatsanwalt Eschbacher, Verteidiger Rechtsanwalt Kassewitz. Zur Verhandlung stand die Anklage gegen K. Laubacher wegen Notzuchtversuch, Mord und Notzucht. Der Angeklagte ist geboren in Freiburg, seine Eltern wohnten früher in Mülhausen i. E., jetzt in Zähringen bei Freiburg. Als Schuljunge schwänzte er oft die Schule, später mußte er seinem Vater beim Sandwerfen helfen. Er war aber immer arbeitsscheu und arbeitete nur, wenn er unter Aufsicht stand. Mit 18 Jahren trat er in die französische Fremdenlegion ein, war $2^1/_2$ Jahre in Algier und 2 Jahre in Madagaskar, erlitt dort einen Sonnenstich und erkrankte am gelben Fieber. Bei der Fremdenlegion wurde er im ganzen mit 283 Tagen Freiheitsstrafe bestraft. Nach seiner Rückkehr nach Deutschland diente L. zweieinhalb Jahr bei dem 116. Inf.-Reg. zu Gießen; auch hier wurde er wiederholt bestraft. Als 15jähriger Bursche wurde L. zu einem Monat Gefängnis verurteilt wegen Diebstahls. Alle früheren Vergehen, wegen deren der Angeklagte vorbestraft ist, sind nicht von großer Bedeutung und bei guter Anleitung und richtiger Behandlung wäre er wahrscheinlich nie soweit gekommen. Das Verbrechen, welches er am 7. Oktober 1904 beging, ist mit den Begleiterscheinungen grausig. Der Angeklagte legte schon in der Voruntersuchung und auch heute wieder ein umfassendes Geständnis ab. Er hatte Sonntag und Montag schwer getrunken. Am Mittwoch ging er wieder zur Arbeit, am Donnerstag lungerte er in Freiburg herum, am Freitag ging er wieder in die Sandgrube. Abends nach der Arbeit ging er mit dem Arbeiter Stratz in die „Sonne", von dort begab er sich auf den Heimweg. Da begegnete ihm die von Hasenhof heimkehrende 53jährige Näherin Eva Disch; sofort faßte L. den Vorsatz, sie zu vergewaltigen. Die Disch war schon einige Schritte weiter gegangen, L. ging vom Wege ab, um sie zu überholen und ihr nochmals von vorne zu begegnen. Die Disch bog in einen Fußweg ein und wurde dort etwa 150 Meter von ihrer Wohnung vom Angeklagten angefallen, welcher sie am Hals packte und ihr sein Taschentuch in den Mund steckte. Nachdem er den Widerstand der Disch gebrochen hatte, konnte er seinen Vorsatz, dieselbe zu gebrauchen, aus einem hier nicht wiederzugebenden Grunde doch nicht ausführen. Um nun zu verhindern, daß die „Disch" gegen ihn Zeugnis gebe, faßte er nun den Entschluß, sie zu ermorden und brachte ihr an beiden Halsseiten tiefe Stiche bei. Darauf schleppte er sein Opfer in ein Bohnenfeld und verübte dort an der seiner Meinung nach schon toten Frau noch Notzucht. Der Angeklagte erzählte den Hergang in allen Einzelheiten ruhig, nur gegen Schluß der Vernehmung war er etwas erschüttert. Er gibt an, er sei während des ganzen Vorgangs nicht recht bei Sinnen gewesen und hätte ohne alle Ueberlegung gehandelt. Der Vorsitzende hält ihm entgegen, daß er es aber doch sehr schlau angegriffen und auch sorgfältig alle Spuren zu verwischen gesucht hätte. Während des größten Teiles der Vernehmung des Angeklagten und der Verlesung des Leichenschauberichts sowie für die Abgabe des ersten Gutachtens des Medizinalrates Dr. Winter wird die Oeffentlichkeit ausgeschlossen. Medizinalrat Winter konstatierte, daß die Disch noch nicht ganz tot gewesen sei, als sie vom Angeklagten in das Bohnenfeld geschleppt worden sei und dort gebraucht wurde. Aus der Lage der Leiche sei zu schließen, daß nachträglich noch unwillkürliche Zuckungen des Körpers stattgefunden hätten. Bei wiederhergestellter Oeffentlichkeit beginnt dann die Zeugenvernehmung. Geladen sind 18 Zeugen, darunter die Eltern des Angeklagten, welche sich zur Abgabe des Zeugnisses bereit erklären. Aus den Zeugenaussagen über das Vorleben des Angeklagten sind die Aussagen des kommissarisch vernommenen Hauptmanns Grosmann von Gießen von Interesse. Dieser gibt an, daß der Laubacher ein eigenartiger Mensch sei. Niemals hätte er bei ihm eine Gemütserregung beobachtet, gleichgiltig, ob man ihn gelobt oder getadelt habe, ob man ihm Strafen zudiktiert oder ihm menschlich zugeredet habe. Er hätte nie gelacht. Strafbare Handlungen habe er nie allein, sondern nur in schlimmer Gesellschaft gemacht. Alkohol habe Laubacher gerne getrunken, ohne daß aber dieser eine besondere Wirkung auf ihn ausgeübt hätte. Laubacher sei ein Mensch von geringer Begabung. Die Aussagen der meisten Zeugen sind durch das Geständnis des Angeklagten gegenstandslos geworden.

Geistl. Rat Wacker, zu dessen Pfarrei die Familie Laubacher jetzt gehört, erklärt, daß die Erziehung des Angeklagten eine mangelhafte sei. Man könne nicht sagen, er sei zum Verbrecher erzogen worden, aber die Erziehung hatte ihn auch nicht vor der Verbrecherlaufbahn geschützt. Der Vater sei ein zwar gutmütiger, aber energieloser beschränkter Mensch, nach welchem die Kinder nichts fragen. Die Mutter, eine bösartige Frau, beherrsche alles. Die Disch wird von ihm wie auch von anderen Zeugen als tugendhafte rechtschaffene Person bezeichnet.

Die weitere Zeugeneinvernahme und die Plaidoyers werden auf die Nachmittagssitzung verschoben.

Das Urteil lautet: Der Angeklagte K. Laubacher wird **zum Tode,** zum Verluste der bürgerlichen Ehrenrechte und in die Kosten verurteilt.

(Schluß folgt.)

Badische Chronik.

* **Karlsruhe,** 26. Jan.

* **Prügelpädagogik und Schulaufsicht.** Als auf dem letzten Landtag der Unfug des Prügelns in der Schule infolge einer sozialdemokratischen Interpellation behandelt und scharf verurteilt wurde, da ließ es sich wohl niemand träumen, daß ein Jahr später die Verwaltung der badischen Haupt- und Residenzstadt sich mit dem Gedanken befassen könnte, die Leitung ihrer Volksschulen einem Manne zu übertragen, der als Anhänger der Prügelpädagogik bei Schülern und Lehrern bekannt und gefürchtet ist. In den letzten Tagen wurde auf Grund eines anonymen Briefes vom Vorsitzenden der Schulkommission eine Anzahl Lehrer vernommen, in deren Klassen das lose Handgelenk des in Frage kommenden Herrn schon zu beobachten war. Unserer Meinung nach sind **Ursache und Art der Züchtigung durch einen Schulrektor** nebensächlich. Schon der Umstand, daß ein solcher Schulvorgesetzter Schüler selbst züchtigt oder Lehrer zur Züchtigung auffordert, sollte einen solchen Mann **als Schulleiter ungeeignet** erscheinen lassen. Wenn aber gar ein solcher Herr während der von ihm abgenommenen Prüfung den Baculus schwingt und wenn die Art, zu strafen, an Roheit grenzt, so hat man doch wohl den klaren Beweis, daß solch ein Herr die Qualifikation zum Schulaufsichts-Beamten nicht besitzt. Was nützen alle Gesetze gegen die Prügelei und alle Interpellationen, wenn die Lehrer sehen, daß ein Anhänger und Praktiker der Prügelpädagogik Karriere macht und zum Leiter eines großen Schulorganismus avanciert. Das ist ja beinahe eine Aufforderung an die Lehrer, dem Beispiel eines solchen Meisters der Schule nachzueifern. Wenn es wirklich den Freunden und Gönnern des betreffenden Herrn gelingen sollte, ihn in den Sattel zu heben, so kann man in Karlsruhe noch was erleben, wie uns Eingeweihte versichern. Es sind ja lange nicht alle „Taten" des protegierten Stadtschulrats-Kandidaten bekannt, aber die bekannten „Taten" reichen völlig hin, ihn ungeeignet erscheinen zu lassen für die Leitung unseres hiesigen Volksschulwesens. Wir wollen einstweilen hoffen, daß man an maßgebender Stelle sich nicht der Einsicht verschließt, daß für die Volksschule nicht alles, wohl aber das Beste gut genug ist. Es wäre schlimm, wenn es anders käme und wenn auf Jahrzehnte die Karlsruher Volksschulen einem Anhänger der Prügelpädagogik ausgeliefert würden. Wohl hätte ja auch der Oberschulrat ein Wort mitzusprechen, aber in diesem einen Hoffnungs- und Rettungsanker für das bedrohte Volksschulwesen zu erblicken, wäre doch gar zu kühn. Es scheint uns besser, beizeiten Alarm zu schlagen, damit das drohende Mißgeschick abgewendet werden kann. Darum: videant consules!

* **Ueber den Bergarbeiterstreik** wird am Freitag den 3. Februar im Saale des Apollotheaters hier ein Bergmann, der Genosse Schreiber, referieren. In der gleichen Versammlung soll auch ein Vortrag über **„Die Revolution in Rußland"** gehalten werden, zu dessen Uebernahme Genosse Dr. Frank-Mannheim eingeladen wurde. Es ist zu hoffen, daß zu diesen beiden hochinteressanten und aktuellen Thematas ein recht zahlreiches Auditorium sich einfindet.

* **Eine Sympathiekundgebung für die streikenden Bergarbeiter** wurde auf Anregung der Vorstände der demokratischen Partei und der Nationalsozialen in den hiesigen bürgerlichen Blättern veröffentlicht. Die Kundgebung ist unterzeichnet von Anhängern aller bürgerlichen Parteien, neben Demokraten und Nationalsozialen finden wir auch die Namen der Führer der hiesigen Nationalliberalen, der Freisinnigen, der Herren vom Zentrum und der konservativen Partei unter dem Aufruf. Es ist außerordentlich erfreulich, daß die Sympathie für die kämpfenden Bergleute eine so allgemeine ist. Das ist die Frucht der brutalen Rücksichtslosigkeit der Grubenmagnaten. Der Aufruf hat folgenden Wortlaut:

„Im rheinisch-westfälischen Kohlengebiet feiern nahezu eine Viertelmillion Arbeiter; viele Hunderttausende, auch Frauen und Kinder, sind mitten im Winter der größten Not preisgegeben.

Das **geringe Entgegenkommen der Grubenbesitzer** hat eine **friedliche Lösung** der Streikfrage unmöglich gemacht, zu der die Arbeiter bereit gewesen sind. Man hat sich **geweigert, die Arbeiterschaft als solche beim Abschluß des Arbeitsvertrags als gleichberechtigt anzuerkennen.** Entgegen allem modernen Empfinden, will man ihr die **Arbeitsbedingungen diktieren, nicht mit ihr darüber unterhandeln.** Auch die Vermittlungsversuche der preußischen Staatsregierung hat man kurzer Hand abgewiesen.

Ob man nun alle Forderungen der streikenden Arbeiter im einzelnen billigt oder nicht, wesentlich ist, daß es sich hier darum handelt, daß viele Tausende, die jahraus, jahrein in gefährlicher harter Arbeit ihr Brot verdienen müssen, das berechtigte Bestreben haben, sich bessere Arbeitsbedingungen zu erkämpfen. Die Fragen, um die es sich dabei handelt, gehen weit hinaus über den engen Rahmen der Arbeiterfrage und berühren Gebiete, die alle Kreise unseres Volkes, ohne Unterschied des Standes, angehen. Es handelt sich um die Lebenshaltung und damit um das kulturelle und sittliche Niveau von Hunderttausenden; und für die Zukunft eines Volkes kann es nichts geben, was größere Bedeutung hätte, als die Lage, in der sich die Mehrheit desselben befindet. So ist es Pflicht der Allgemeinheit, in diesem großen Ringen Stellung zu nehmen und die kämpfenden Kohlenarbeiter zu unterstützen. Aber auch diejenigen, welche in diesem Kampfe nicht auf Seiten der Arbeiter stehen, dürfen sich nicht ausnehmen; es gilt zu sorgen für die vielen Hunderttausende von Frauen und Kindern, die schuldlos der bittersten Not ausgesetzt sind.

Die Unterzeichneten wenden sich daher vertrauensvoll an die Einwohnerschaft der Stadt Karlsruhe ohne Unterschied des Standes, der politischen und religiösen Richtung, mit der Bitte um Hilfe."

Nicht minder wertvoll als der Ausdruck der Sympathie für die Streikenden ist uns die Anerkennung der Gleichberechtigung des Arbeiters beim Abschluß des Arbeitsvertrages und die Anerkennung des Rechtes der Arbeiter, sich bessere Arbeitsbedingungen zu erkämpfen, die in dem Aufruf ausdrücklich betont und von Anhängern aller bürgerlichen Parteien unterzeichnet sind. Man wird sich dieses Aufrufs künftig stets erinnern, wenn irgendwo Arbeitern diese Rechte streitig gemacht werden oder wenn staatliche oder städtische Behörden ihren Arbeitern direkt verbieten wollen, was hier als Recht anerkannt ist.

* **Einen sehr schönen Anfang** hat die vor kurzem hier neugegründete Filiale des Gemeindearbeiter-Verbandes zu verzeichnen. Am 13. Oktober v. J. wurde die Filiale gegründet; am Schluß des 1. Quartals sind 130 Mitglieder vorhanden. Es müssen aber noch mehr werden, die Agitation muß unter den städtischen Arbeitern noch rührliger betrieben werden. Es ist bisher schon vorwärts gegangen, es muß aber noch besser kommen!

Der Oratorienverein Karlsruhe E. V. wird am 1. Februar im großen Saale des Museums ein Konzert geben, in dem neben mehreren gemischten Chören Lieder und Duette von dem Sängerpaare Rahm aus Freiburg und ein Beethovensches Trio vorgetragen werden. Anfangs April wird die Aufführung von Bruchs Odysseus stattfinden, zu der als Solist Herr Rud. Moest, Hofopernsänger in Hannover, ein Karlsruher Kind, gewonnen ist.

Die Kreisstraßenwärter des Kreises Karlsruhe beabsichtigen laut „B. Pr." zur Förderung ihrer Berufs- und Sonderinteressen und zur Unterstützung in Unglücks- und Todesfällen einen Kreisstraßenwart-Verein zu gründen. In einer am Sonntag den 29. d. Mts., nachmittags 2 Uhr in der „Kronenhalle" in Karlsruhe stattfindenden Kreisstraßenwartversammlung sollen die Satzungen aufgestellt und der Verein konstituiert werden

* **Die „sichere Existenz“.** Ein Kaufmann und ein Reisender fielen auf eine Annonce herein, wonach junge Leute gegen 100 Mk. sich eine sichere Existenz gründen könnten, die darin bestehen sollte, daß ihnen ein Kaufmann aus Stuttgart die Generalvertretung zum Absatz von elektrischen Gasfernzündern für Baden und Elsaß-Lothringen abtrat, während er eine solche gar nicht zu vergeben hatte.

* **Ein Krankenwärter aus Wien,** der am 6. ds. einem Herrn in Budapest, den er zu pflegen hatte, mehrere Tausend Kronen stahl, wurde hier verhaftet. Auf die Ergreifung ist eine Belohnung von 500 Kronen ausgesetzt.

Großherzogliches Hoftheater.

Samstag, 21. Jan. A. 31. **„Gute Nacht Herr Pantalon“,** komische Oper in 1 Akt von Grisar. — **„Coppelia“,** Ballet in 2 Akten von Nuitter und St. Leon, Musik von Delibes. Anfang 7 Uhr, Ende halb 10 Uhr.

* * *

Pforzheim, 27. Jan.

Aus dem Stadtrat. Sieben Gesuche um Aufnahme in den badischen Staatsverband werden dem Bezirksamt vorgelegt. — Der Druck der Bürgerausschußvorlagen für die Jahre 1905/06 wird dem städtischen „Tagblatt“ übertragen. — Die städt. Feldhüter bekommen für ihre Mithilfe bei der Obstbaumzählung eine Vergütung von je 10 Mk. — Die Leistung eines Beitrags zur Errichtung einer Volksheilstätte für Nervenkranke wird abgelehnt.

Auf der Gemarkung Niefern wurde in der Nacht vom Sonntag auf Montag ein gemeines Bubenstück verübt. Von unbekannter Hand wurden auf den Grundstücken des Karl Frech, Schreiner, Emil Schäfer, Mechaniker und Chr. Breuer, Bäcker, eine Anzahl Obstbäume umgehauen und andere schwer beschädigt. Der Täter scheint sich zu seinem Vorhaben ziemlich Zeit genommen zu haben; wie die Untersuchung erwies, geschah das Umhacken der Bäume, darunter eines etwa 25 jährigen Apfelbaumes, mit einem ziemlich kleinen Instrument. Der Verdacht lenkt sich auf einen Einwohner von Niefern.

* * *

m. **Durlach,** 27. Jan. In der am morgigen Samstag stattfindenden Mitgliederversammlung der organisierten Metallarbeiter wird Genosse Willi aus Karlsruhe einen Vortrag über „die sozialen Riesenkämpfe im Ruhrgebiet“ halten. Es ist damit Gelegenheit geboten, sich über das Arbeitsverhältnis der Grubenarbeiter einige Kenntnis zu verschaffen, weshalb zahlreiches Erscheinen erwartet wird. Ferner machen wir die Kollegen darauf aufmerksam, daß wegen Revision der Bibliothek sämtliche Bücher abgegeben werden müssen. Für die auswärtigen Kollegen ist dazu Gelegenheit von 6—7 Uhr und für die Durlacher Kollegen abends in der Versammlung. (Siehe Inserat.)

* **Triberg,** 26. Jan. Seit Montag ist der dem hiesigen Stationsamt seit etwa 6 Monaten zugeteilte Eisenbahn-Gehilfe Zimmer von Baden-Baden verschwunden. Er. nahm laut „E. v. W.“ den Inhalt der Schalterkasse mit. Ferner soll er, wie verlautet, Fahrkarten bezw. Kilometerhefte sich angeeignet haben. Zimmer fuhr am Samstag bis Freiburg. Von dort aus hat man bis jetzt keine weitere Spur von ihm. Montag war bereits ein Revisionsbeamter hier. Ob Zimmer sich weiterer Unregelmäßigkeiten schuldig gemacht hat, wird die Untersuchung ergeben.

* **Säckingen,** 26. Jan. Die Rheinfelder Gendarmerie verhaftete einen jungen Mann, der des Mordes an dem Pfarr-Vikar Adambe von Altstetten bei Zürich verdächtig ist.

Neues aus aller Welt.

New-York, 24. Jan. Zehn ungarische Zwischendecks-Passagiere an Bord des Dampfers „Vaterland“ sind während der Ueberfahrt gestorben. Erschöpfung der Lunge und unzureichende Nahrung werden als Todesursache angegeben. Die Leute waren unmittelbar nach einer langen Eisenbahnfahrt in Antwerpen verschifft worden; sie wurden seekrank und vermochten weder Medizin noch Speisen zu sich zu nehmen.

Deutscher Reichstag.

(128. Sitzung.)

Berlin, 26. Januar.

Am Bundesratstische: die Staatssekretäre Freiherr **v. Richthofen,** Dr. Graf **v. Posadowsky** und **Kraetke.**

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt Staatssekretär Dr. Graf Posadowsky: Gestern Abend ist der deutsch-österreichisch-ungarische Handelsvertrag von den Bevollmächtigten unterzeichnet worden. Der Bundesrat wird seine Beratungen über die einzelnen Handelsverträge so beschleunigen, daß sie am 1. Februar dem Reichstage zugehen werden. Dann können alle Fragen bezüglich unserer Handelspolitik erörtert werden. Die Interpellation Normann betreffend den Abschluß eines Handelsvertrags mit Oesterreich-Ungarn dürfte somit vorläufig erledigt sein. (Beifall.)

Das Haus setzt dann die Beratung des Postetats fort.

Abg. **Dove** (frs. Vg.) wünscht, daß die Reichspostverwaltung auf dem Wege der Erleichterung und Verbesserung der Verkehrsverhältnisse und auch auf sozialem Gebiete fortschreiten möge. Die Uebersetzungsstelle in Posen sei unentbehrlich. Redner spricht für eine Einschränkung des Sonntagsdienstes.

Abg. **Lipinski** (Soz) regt einen früheren Schalterschluß im Interesse der Postbeamten und der Angehörigen des Handelsgewerbes an.

Abg. Dr. **Stöcker** (wirtsch. Vg.) wünscht Einsetzung von Postbeamtenausschüssen und befürwortet die Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses, auch für Postbeamte auf dem Lande, denn das Leben auf dem Lande sei vielfach teurer als in der Stadt. Er empfiehlt Einschränkung des Sonntagsdienstes, sowie die Einführung von Nachtdienstgeldern. Den Telegraphenarbeitern solle die Wegzeit bis zur Arbeitsstätte angerechnet und Zehrgelder bewilligt werden.

Abg. **Wallau** (natl.) bezeichnet die Wünsche der Polen auf Zulassung polnischer Adressen als arrogant und tritt für Ausdehnung des Fernsprechnetzes auf dem platten Lande ein.

Unterstaatssekretär **Sydow:** Von den Ortschaften auf dem Lande würden zuerst die mit lebhaftem Verkehr und mit größeren wirtschaftlichen Interessen in das Fernsprechnetz einbezogen.

Abg. **Hug** (Zentr.) befürwortet die gleichmäßige Gestaltung der Gehaltsverhältnisse der höheren Postbeamten.

Abg. **v. Gerlach** (nat.-soz.) empfiehlt Versuche mit Damen am Schalterdienst und beschwert sich über die schlechte Beschaffenheit der jetzigen Telephonapparate.

Abg. **Raab** (wirtsch. Ver.) spricht ebenfalls für Bessersstellung der Unterbeamten und fordert Abschaffung des Bestellgeldes.

Staatssekretär **Kraetke** bemerkt, das Bestellgeld bringe jährlich 19 Millionen und sei daher nicht leicht abzuschaffen. Wir wünschen, die Beamten mit den kleinen Gehältern zu verbessern und haben im vergangenen Jahre mit den Landbriefträgern angefangen; aber das Tempo müsse bei den schlechten Finanzverhältnissen langsam sein.

Nach weiteren Ausführungen **Jazdzewskis** und **Sattlers** wird der Titel „Staatssekretär“ bewilligt. Die zu diesem Titel gestellten Resolutionen werden ebenfalls angenommen.

Im weiteren Verlaufe der Debatte beschwert sich Abg. **Kunert** (Soz.) über einen Fall der Verletzung des Briefgeheimnisses.

Staatssekretär **Kraetke** bemerkt, daß der verdächtige Beamte entlassen worden sei; aus diesem Falle könne daher nicht geschlossen werden, daß die Postverwaltung die Verletzung des Briefgeheimnisses billige.

Abg. **Eickhoff** (freis. Volksp.) bringt einen Fall einer doppelten Bestrafung eines Beamten vor.

Staatssekretär Kraetke: Die Zentralstelle mißbillige eine doppelte Bestrafung und sei damit beschäftigt, einen Ausgleich zu finden.

Abg. Graf **Oriola** (natl.) wünscht Aufbesserung der Postagenten.

Staatssekretär **Kraetke** hebt die Verschiedenartigkeit der Verhältnisse der Postagenten hervor.

Nach weiterer Debatte wird der Rest des Ordinariums und die Einnahmen mit Ausnahme der an die Budgetkommission überwiesenen Titel genehmigt.

Nächste Sitzung Montag.

Nachtragsetat für Südafrika.

Der Generalstreik im Ruhrrevier.

Der Stand des Streiks.

Essen, 26. Jan. Heute sind in den 18 Bergwerken des Oberbergamtsbezirkes Dortmund angefahren: unter Tage 21 022 von 197,706, über Tage 29 229 von 47 258, insgesamt 50 251 von 244 964 Mann der Belegschaften der streikenden Zechen; mithin fehlten 193,713 gegen 194 956 Mann, das sind 143 Mann weniger als an dem gestrigen Tage.

Vom bergbaulichen Verein.

Essen, 26. Jan. Der Bergbauliche Verein hat in seiner heutigen Sitzung folgenden Beschluß gefaßt: Der Bergbauliche Verein, der Zustimmung der beteiligten Verwaltungen sicher, erklärt wiederholt, daß er den dringenden Wunsch habe, darüber Aufklärung geschaffen zu sehen, ob Mißstände in der Bergwerksindustrie tatsächlich bestehen, die zu einer Arbeiterbewegung wie der jetzigen, Anlaß geben konnten. Er wiederholt, er sei bereit, auf den von den Kommissaren der königl. Staatsregierung am 14. Januar gestellten Antrag auf schleunigste Einsetzung einer Untersuchungskommission einzugehen, die im Einvernehmen mit dem Landtage, also auf dem Wege einer parlamentarischen Enquete, die Prüfung aller behaupteten Mißstände vornimmt, und verbürgt sich wiederholt dafür, daß die etwa nachgewiesenen Mißstände sofort beseitigt werden.

Alle Nachrichten, wonach der Bergbauliche Verein seine Haltung geändert und sich zu Unterhandlungen mit der Siebenerkommission bereit erklärt habe, **entbehren jeglicher Unterlage.** Die Hoffnungen auf Beilegung des Konflikts sind in den letzten Tagen um nichts gestiegen.

Neue Verhandlungen.

Die Siebenerkommission ist für Samstag Vormittag abermals aufs Oberbergamt beschieden zur Ueberreichung ihrer inzwischen auf Grund tatsächlichen Materials besser gesichteten und geordneten Beschwerden.

Die Kohlenmonarchie.

Aus Essen wird dem „Tag“ telegraphiert:

Das Syndikat plant die Verteilung eines Flugblattes zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung im gesamten Reich. In welchem Sinne dies geschehen soll, läßt sich aus einer Unterhaltung erraten, welche der Korrespondent der „Chicago Daily News“ mit dem Vertreter des Syndikats, Bergmeister Engel, hatte, als dieser ihm die obige Mitteilung machte. Der Amerikaner gibt das Gespräch heute als Kabeldepesche an sein Blatt. Wir erwähnen daraus folgende Worte des Bergmeisters: **„Wir kämpfen für Gesetz, Ordnung und die Sache der Monarchie gegen jene der Anarchie“,** und ferner: „Wir werden durch den Streik Geld verlieren; das können wir verschmerzen und wieder einbringen. Aber eine Einbuße an Autorität, welche die Folge eines Eingehens auf die Forderungen der Arbeiter sein würde, können wir nie wieder einbringen und werden darum nie nachgeben!“

Wenn das der Inhalt der „Aufklärung“ sein sollte, so würde es doch genügen, das Flugblatt blos in einem einzigen Exemplar zu verbreiten; denn die Tiraden können doch nur auf eine Person berechnet sein, der man wahrhaft majestätsbeleidigende Vorstellungen unterschiebt.

Solidaritäts-Kundgebungen.

Der **Zentralverband der Maurer** hat beschlossen, die Streikenden wöchentlich mit 20 000 Mk. zu unterstützen.

Eine Anzahl **Zentrumsmitglieder** und **christlicher Arbeiterführer** von Rheinland-Westfalen erlassen einen Aufruf zugunsten der Bergarbeiter.

Das Komitee der **schottischen Bergleute** wünscht in einem Telegramm den deutschen Bergleuten Erfolg und will, wie schon berichtet, die Geldunterstützung organisieren.

Die **Bäcker-Innung in Witten** beschloß, den notleidenden Streikenden Freibrot zu gewähren.

Eine stark besuchte Versammlung des **Berliner sozialliberalen Vereins** nahm vorgestern Abend zum Bergarbeiter-Streik Stellung. Nach Ansprachen des Arbeitersekretärs Erkelenz-Düsseldorf, des Abgeordneten Schrader und des früheren Abgeordneten Th. Barth wurde einstimmig eine Resolution gefaßt, in der erklärt wird, der seines Wesens bewußte Liberalismus könne dem Bergarbeiter-Streik nicht neutral gegenüberstehen. „Die grundsätzliche Weigerung der Zechenbesitzer und des Kohlensyndikats, über die Beschwerden der Bergarbeiter mit den Vertretern der Arbeiter-Organisationen auch nur in Verhandlung zu treten, erscheint als ein Ausfluß **unerträglicher, absolutistischer Neigungen,** denen die Forderung nach Einführung **konstitutioneller Grundsätze** in das Arbeitsverhältnis nachdrücklich gegenübergestellt werden muß. Die Versammlung spricht danach den streikenden Bergarbeitern ihre volle Sympathie aus und fordert die liberalen Gesinnungsgenossen auf, die streikenden Bergarbeiter wirksam zu unterstützen.“ Es fand eine Tellersammlung zugunsten der streikenden Bergleute statt, für die gleich anfangs ein Betrag von 1760 Mk. dem Vorsitzenden übergeben war.

In den Lederwerken von Doerr und Reinhart in Worms wurde auf Veranlassung der Firma eine Sammlung für die streikenden Bergarbeiter im Ruhrgebiet vorgenommen. Der sich ergebende Betrag von 2000 Mark wurde an den Oberbürgermeister von Bochum, Graff, abgesandt. Auf Wunsch der Firma wird die Verteilung der Summe ohne Rücksicht auf das politische oder religiöse Bekenntnis der Bedürftigen vorgenommen werden.

Der Krieg zwischen Russland und Japan.

London, 27. Jan. Reuters Korrespondent beim Hauptquartier Kurokis telegraphiert unterm 26. Jan.: Heftiges Artilleriefeuer wurde heute am ganzen Tage von Westen her ununterbrochen gehört. Eine große Schlacht scheint im Gange zu sein. Nach hier eingegangenen Nachrichten überschritten die Russen auf dem linken japanischen Flügel den Hunho. Die Japaner gingen zum Angriff vor.

Die Revolution in Rußland.

Ueber die russischen Großfürsten

schreibt die „Nationalzeitung“:

Die Wahrheit ist, daß nicht ein einzelner dieser Prinzen, sondern der „Clan“ der Großfürsten in seiner Gesamtheit gegenwärtig mit der für die Wissenden allmählich zum Symbol herabgesunkenen Persönlichkeit Nikolaus II. die kaiserliche Macht in Händen hält.

Diese Kaste der Großfürsten (die finanziell vom Zaren durchaus unabhängig ist, indem jeder, ohne weiteres eine Apanage von annähernd **20 Millionen Rubel** hat) ist reaktionär bis auf die Knochen, auch nur der Schein einer Konstitution würde ihren politischen Lebensnerv bedrohen, sie muß also geradezu reaktionär sein, weil sie sich nicht ins eigene Fleisch schneiden. Im eigensten Interesse kämpft diese Kaste gegen jeden Fortschritt, mag er von welcher Seite immer angeregt werden. Diese Kaste nun und ihr Anhang ist das, was man heute in Rußland „Gesellschaft“ nennt. Zur Gesellschaft gehören, heißt Günstling des Großfürsten sein. Ist man in diese Position aufgerückt, so kann man sich, wie das Beispiel eines Alexejew und eines Besobrosoff, eines Plehwe, eines Bobrikow, und wie sie alle heißen mögen, beweist, alles leisten: man ist immer im Rechte, denn man hat immer Rückendeckung. Das Ziel jedes Strebers, jedes Karrieristen, jedes Profitgierigen muß es daher sein, zur „Gesellschaft“ zu gehören, so hat sich dieser Kaste im Laufe der Zeit die ganze Bureaukratie mit Haut und Haaren verschrieben. Hier haben wir den reaktionären „Block“, dessen Interessen denen des Volkes, denen einer friedlichen Entwicklung und freien Entfaltung diametral entgegengesetzt sind.

Das Blatt glaubt, die größte Gefahr könne in einer Militärrevolution liegen, die den zur Nachgiebigkeit geeigneten Zaren beseitigen würde. Die Großfürsten kämpften für die Reaktion um jeden Preis. Der Krieg habe diese Kaste erschüttert, die Revolution werde sie vielleicht ganz vernichten.

Die Szenen in den Leichenhallen

der Spitäler sind grauenhaft. Weinen und Wehklagen der ihre Angehörigen agnoszierenden Männer und Frauen **ist nicht gestattet.** Wer die unheimliche Stille durch einen Laut unterbricht, wird hinausgeführt. Die meisten der Leichen zeigen mehrere Schießwunden, viele der erstarrten Hände weisen Kugelspuren auf, offenbar wurden die Hände getroffen, als die Opfer instinktiv damit das Gesicht zu schützen suchten. Diese Hände sind nicht durchwegs ungepflegt und Zeugen schwerer Arbeit, man sieht vielmehr auch solche mit wohlgepflegten Nägeln, aber **ohne Ringe. Diese verschwanden während des Transportes.**

Massenverhaftungen.

Die Polizei, welche Sonntag und Montag ein wenig in den Hintergrund trat, arbeitet jetzt wieder gemeinsam mit den Militärbehörden. In Wassili-Ostrow, wo zahlreiche „Intellektuelle“ wohnen, ist die Zahl der Verhaftungen bedeutend. Redakteur Jessen wurde um 4 Uhr morgens aus dem Bett geholt, dessen Freund Professor Karejew gleichfalls in früher Morgenstunde, und nach der Peter-Paulsfestung gebracht, wohin der Historiker Semewsky, Gemeinderat Schedrin, Universitätsdozent Niakotin, Schriftsteller Pissarrew, Advokat Sifitnikow folgten. Die meisten von ihnen sind verheiratet und Väter mehrerer Kinder.

In Brand gesteckt wurde das Marinedepot in Lieban. Dadurch sind die Vorbereitungen zur Entsendung des dritten Baltischen Geschwaders ernstlich gestört worden. — Der Brand in den Regierungsdocks in Sewastopol wurde lokalisiert. In der Stadt selbst soll an verschiedenen Stellen Feuer ausgebrochen sein. Die Einwohner verlassen die Stadt in Eile.

Die Revolution in der Provinz.

w. **Moskau,** 26. Jan. In den Werkstätten der Kursker, Brester und der Moskauer-Kasan-Bahn wurde die **Arbeit eingestellt.** Die Wasserleitung, die elektrische Station und die Gasanstalt werden durch Polizei und Militär bewacht. Der Versuch einer starken Arbeitergruppe, den Betrieb der Gasanstalt zu stören, wurde vereitelt.

w. **Moskau,** 26. Jan. 1 Uhr nachmittags. (Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die Stadt ist ruhig. Der Ausstand der Setzer und der Druckereiarbeiter nimmt an Ausdehnung zu.

w. **Reval,** 26. Jan. In der letzten Nacht war die Stadt ohne Beleuchtung. Heute ist alles ruhig, die Läden sind offen. Die Verhandlungen zwischen den Arbeitern und den Fabrikanten unter Teilnahme der Behörden dauern fort.

Helsingfors, 26. Jan. Gestern Abend veranstalteten hiesige Arbeiter eine Kundgebung. Dabei wurden 5000 Arbeiter von der Polizei mit Säbelhieben angegriffen. Viele an der Kundgebung unbeteiligte Personen wurden verwundet. Zehn Personen erlitten Verwundungen am Kopfe, eine wurde von einem Schuß in die Brust getroffen. Ein Polizist wurde durch eine Revolverkugel an der Hand, ein anderer im Rücken verwundet. Alle diese Schüsse sollen von der Polizei selbst abgegeben worden sein. Die berittene Polizei teilte Knutenhiebe aus. Die organisierten Arbeiter legen in der Presse Verwahrung gegen die Ruhestörungen ein, denen sie fernständen.

Riga, 25. Jan. Der allgemeine Ausstand wurde proklamiert. Alle Arbeiter haben sich mit denjenigen von Petersburg solidarisch erklärt. Die zu den Fahnen einberufenen Soldaten zertrümmerten Scheiben und Laternen. Die Polizei machte von der Waffe Gebrauch und zerstreute die Ruhestörer. Nach allen Richtungen wurden Patrouillen entsandt.

Letzte Nachrichten.

w. **Petersburg,** 27. Jan. Der Vorstand der Bergbauakademie faßte wegen der Ereignisse vom 22. Januar folgende Beschlüsse: 1. sein tiefes Bedauern über die entsetzlichen Vorgänge auszusprechen. 2. Die Fortsetzung der Studien für unmöglich zu erklären. 3. Den Angehörigen der Getöteten seine Sympathie auszusprechen. 4. Gebete für die Getöteten abhalten zu lassen und Kränze am Sarge der beiden Getöteten der Akademie niederzulegen. 5. Diesen Beschluß zur Kenntnis des Ministers für Ackerbau zu bringen. Der Vorstand des Instituts für Zivilingenieure nahm die gleiche Resolution an. An der Universität wurden die Anmeldungen zu den Vorlesungen bis zum 28. Februar verschoben.

w. **Petersburg,** 26. Jan. Eine Versammlung von Petersburger Redakteuren beschloß, die Zeitungen am Samstag wieder erscheinen zu lassen und über die Unordnungen nur amtliche Berichte zu bringen ohne jeden Kommentar.

w. **Paris,** 26. Jan. Im Justizpalais zirkuliert eine Adresse, durch welche die Anwälte des Appellationsgerichtes in Petersburg dazu beglückwünscht werden, daß sie, um ihren Beruf zu ehren, gegen die heftigen Gewaltmaßregeln, durch die Petersburg mit Blut befleckt sei, Einspruch erhoben hätten.

w. **Riga,** 26. Jan. Bei dem Bahnhof in Tukkum fand zwischen Truppen und Arbeitern ein Zusammenstoß statt, wobei **30 Mann getötet** und 2 Soldaten verwundet wurden. Der Unterchef des Polizeidistrittes, Bileff, ist tötlich verletzt. Die Streikenden durchziehen in Massen die Straßen und erzwingen die Arbeitseinstellung.

w. **Kiew,** 27. Jan. Die Stimmung in der Stadt ist erregt. Es verlautet, daß am 29. ein allgemeiner Ausstand der Arbeiter proklamiert werde. Die Bewohner der Stadt versehen sich mit Vorräten an Mehl, Brot und Petroleum. Infolgedessen ist der Handel in der Stadt lebhaft. Seit gestern wird der Wasserturm von einer Infanterie-Kompagnie bewacht. Mehrere Fabriken stellten die Arbeit ein.

w. **Kowuow,** 27. Jan. Der Ausstand dauert fort. In einer Fabrik nahmen die Arbeiter die Arbeit wieder auf, stellten sie aber wieder ein. Die Straßenbahn stellte den Dienst gestern Mittag ein. Auf den Straßen ziehen Arbeitertrupps umher, verhalten sich aber ruhig. In der Stadt herrscht Ordnung.

Letzte Post.

w. **Darmstadt,** 26. Jan. Das „Darmstädter Tageblatt“ meldet: Heute Nachmittag begaben sich die an der hiesigen technischen Hochschule **studierenden Russen,** etwa **300 Mann,** in corpore zur **russischen Gesandschaft** und legten beim russischen Gesandten, der sie vor dem Torportal der Gesandtschaft anhörte, Protest gegen das Verhalten der russischen Regierung anläßlich der Petersburger Vorfälle und gegen den Krieg ein. Der Vorfall verlief ungestört in voller Ruhe und Ordnung.

w. **Berlin,** 26. Jan. (Amtlich.) Nach einer Meldung Trothas vom 26. d. überfiel Leutnant der Reserve v. Trotha am 6. und 8. Jan. mehrere Werften der Nordbethanier bei Blutpueß und Gorab. Die Farmer Krüger, Jomey und Amris von der Farm Naudans und Gorde wurden befreit. Der Feind verlor 6 Tote und 4 Verwundete, 7 Gewehre mit Munition, 16 Pferde, 487 Stück Großvieh und 2000 Stück Kleinvieh.

w. **Budapest,** 26. Jan. Bisher sind 116 Wahlergebnisse bekannt und zwar sind gewählt 51 Liberale, 40 Angehörige der Kossuth-Partei, 6 Mitglieder der Volkspartei, 2 Mitglieder der Banffy-Partei und 2 Wilde.

w. **Paris,** 26. Jan. Die Gruppe der demokratischen Linken des Senats, die heute ihr Bureau neu gebildet hat, hat den früheren Ministerpräsidenten Combes zum Präsidenten gewählt.

Madrid, 26. Jan. (W. B.) Das gesamte Ministerium gab seine Entlassung. Der König gab, nachdem er mit den hervorragendsten Persönlichkeiten aller politischen Parteien Rücksprache genommen hatte, Villaverde den Auftrag, ein neues Ministerium zu bilden.

Vereinsanzeiger.

Arbeiter-Radfahrer-Verein Karlsruhe. Freitag den 27. Januar, abends 8 Uhr, im Vereinslokal Fortsetzung der Generalversammlung. Hierzu sind sämtliche Mitglieder höflichst eingeladen. 301
Der Vorstand.

Bulach. (Wahlverein.) Samstag den 28. d. M., abends 8 Uhr, findet in der „Krone“ Generalversammlung statt. Pünktliches Erscheinen erwartet 312
Der Vorstand.

Grünwinkel. (Soz. Verein.) Sonntag den 29. d. M., nachmittags halb 3 Uhr, findet die jährliche Generalversammlung statt. Es wäre zu wünschen, daß die Parteigenossen vollzählig erscheinen. 310
Der Vorstand.

Hagsfeld. (Soz. Verein.) Morgen Samstag abends 8 Uhr im Gasthaus zur „Kanne“ Generalversammlung. Tagesordnung: Neuwahl des Vorstandes, Stellungnahme zum Parteitag, Abrechnung von der Christbaumfeier, Verschiedenes. Das Erscheinen aller Mitglieder ist unbedingt notwendig. — Das Komitee der Christbaumfeier trifft sich im selben Lokal um halb 8 Uhr. — Zu dieser Versammlung ist die Verwaltung des Radler-Klub freundlichst eingeladen.

Grötzingen. (Soz. Verein.) Samstag den 28. Januar halb 9 Uhr Mitgliederversammlung im „Ochsen“. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Redakteur Kolb: „Politische Tagesfragen“. Die restierenden Mitglieder wollen ihre Schuldigkeit entrichten. 311
Der Vorstand.

Forchheim. (Soz. Verein.) Samstag, 28. Januar, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung im Vereinslokal. Zahlreichen Besuch erwartet 304
Der Vorstand.

Wahlverein Söllingen und Umgebung. Sonntag, den 29. d. M. mittags 2 Uhr im „Feldschlößchen“ in Söllingen, Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Neuwahl des Gesamtvorstandes, 2. Wahl eines Delegierten zum Parteitag in Offenburg, 3. Verschiedenes. Sämtliche Mitglieder werden gebeten, in der Versammlung zu erscheinen.
Der Vorstand.

Pforzheim, Gruppe 1 (Altstadt). Sonntag, 29. Jan. Vormittag Versammlung im „Ochsen“. Neuwahlen, Verschiedenes. 309

Briefkasten.

S. N., Furtwangen. Wir raten den betr. Kassenmitgliedern, Klage gegen die Kasse auf Herauszahlung der Beiträge anzustrengen.

Quittung.

Für die **streikenden Bergarbeiter** sind bei der Expedition des „Volksfreund“ eingegangen:

Karlsruhe: Fritz 3 Mk. — Adolf 1 Mk. — Von Genosse S. 50 Pf. — Von Norbert 1 Mk. — von Kraus 1 Mk. — Daxlanden: Arbeiterradfahrerverein Wanderlust 10 Mk. — Von den Hutmachern in Kehl 5 Mk. — Badisch-Rheinfelden: Tellersammlung der Arbeiter-Krankenkasse im Wasserturm 4 Mk. — Tellersammlung der Dinkelberger Kapelle bei Ludwig Aurein 7,50 Mk. — Wahlverein, Sammelliste Nr. 1, 10 Mk. — (Zusammen 21,50 Mk.)

Zusammen 43,— Mk. Früher quittiert 761,59 Mk. Summa **804,59 Mk.**

Weitere Beiträge nimmt entgegen
Expedition des Volksfreund.

An den Hauptkassier Genosse Horn, Bochum, abgesandt 2. Rate **500 Mk.,** hierunter 300 Mk. vom Gewerkschaftskartell Karlsruhe.

Quittung

über in **Pforzheim** eingegangene Beiträge für die Bergarbeiter:

Im Bureau des Metallarbeiterverbandes. Liste 65 5,60 Mk., darunter 2,80 Mk. vom Brandenburger-Klub. — Liste 71 durch Gen. Schmidt 18,40 Mk. — Liste 55 11,80 Mk. — Liste 75 11 Mk. — Liste 100 7,85 Mk. — Liste 72 5,40 Mk. — Liste 74 von den Kollegen bei der Firma Speidel durch Hug 32,40 Mk. — Liste 63 23,90 Mk. — In der Expedition des Volksfreund-Pforzheim: Liste 2 5,50 Mk. — Liste 14 12,40 Mk. — Liste 24 11,80 Mk. — Liste 26 (Dillstein) 10 Mk. — Liste 17 (Königsbach) 8,50 Mk. — Von Schr. 50 Pf. — Liste 49 13 Mk.

Zusammen 178,05 Mk., früher quittiert 255,75 Mk. Summa **433.80 Mk.**

Bei den obenbezeichneten Stellen werden weitere Beiträge entgegengenommen, sowie Sammellisten abgegeben.

An Horn, Bochum abgesandt 2. und 3. Rate zusammen **200 Mk.**

Verantwortlich im redaktionellen Teil für den Leitartikel, die Rubriken: Politische Uebersicht, Aus Baden, Deutschland, Ausland, Parteinachrichten, Feuilleton und Telegramme: Wilh. Kolb; für den übrigen Teil: Albert Willi; für die Inserate: Karl Ziegler. Buchdruckerei und Verlag des Volksfreund, Geck u. Co. Sämtliche in Karlsruhe.

Montag den 30. Januar

Beginn unserer

Weissen Woche.

Grosse Gelegenheitskäufe in

Leinen, Hemdentuchen, Bettdamasten, Piquéstoffen, Tischzeugen, Handtüchern, Bettwäsche, Leibwäsche, Taschentüchern, Gardinen, Stickereien, Spitzen etc.

305

Hermann Schmoller & Cie.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Zahlstelle Karlsruhe.

Unseren Mitgliedern zur Kenntnis, daß am **Sonntag** den **29. Januar**, mittags punkt **halb 2 Uhr**, im großen Saal der Restauration **Möhrlein**, Kaiserstraße 13, unsere **ordentliche**

Generalversammlung

stattfindet.

Tages-Ordnung:

1. Jahresbericht der Ortsverwaltung.
2. Neuwahl der Gesamt-Ortsverwaltung.
3. Neuwahl der Kartelldelegierten.

Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet

306 **Die Ortsverwaltung.**

Achtung! **Durlach.** Achtung!

Deutscher Metallarbeiter-Verband,

Ortsverwaltung Durlach.

Samstag den 28. Januar, abends halb 9 Uhr, im Gasthaus zum **„Lamm"** 313

Mitgliederversammlung.

Tagesordnung:

U. a.: **Vortrag** von Genosse Willi aus Karlsruhe.

Thema: **„Der Massenstreik der Bergarbeiter im Ruhrgebiet".**

Zahlreichem Erscheinen sieht entgegen

Die Ortsverwaltung.

Das Rauchen bittet man während des Vortrags einzustellen.

Zur Beachtung! Wegen Revision des Inventars und der Bibliothek müssen sämtliche Bibliotheksbücher abgegeben werden. Für die auswärtigen Kollege von 6—7 Uhr und für die Durlacher Kollegen abends in der Versammlung.

Inventur-Räumungs-Verkauf

in

Schuhwaren

So lange Vorrat reicht, verkaufe

1	Posten	Damen-Chevreaux-Stiefel	à Mk. 4.00
1	„ „	Wichsleder „	à „ 3.80
1	„ „	Boxcalf „	à „ 5.00
1	„ „	Filzzibeline m. Besatz	à „ 2.00
1	„ „	Lackschuhe	von Mk 1.50 an
1	„	Herren-Boxcalf-Agraffen	à Mk. 5.50
1	„ „	Wichsleder „	à „ 4.00
1	„ „	Zugstiefel	à „ 3.80
1	„	Kinderstiefel in versch. Qualitäten, spottbillig	

Herren Filz-Schnallenstiefel m. Besatz Mk. 3.50

Diverse andere Artikel.

A. Reutlinger Ww.

14 Markgrafenstrasse 14.

Grosse Karnevals-Gesellschaft Karlsruhe.

Sonntag den 29. Januar 1905, nachmittags 5 Uhr 11 Minuten:

I. Grosser

Herrenabend

im grossen Saale

zu den drei Linden, Rheinstraße 14, Stadtteil Mühlburg.

Großartiges kosmopolitisches Witzscheibenschießen. Olympische Spiele, Feuerfresser, Hamburger Spiegelbilder vom Ult-Luile. Die Zentrifugal-Kraft der Destillationskunst oder das neue Bindemittel für Würste. „Der versteinerte „Gugelhupf" an der Haustür", eine Vergessenheits-Idylle von Teigbildhauer V. Olz. Auftreten berühmter Kaminredner. Zum Schlusse allgemeines Scheuerpurzeln. Während der Pausen werden im Garten Wasserraketen steigen und wirkliche Frösche hupfen.

Herbei Ihr Narren aus nah und fern, Gar schon winkt Euch der „Ordensstern"!

Steht schon im Code Napoleon, Viel Rage sind 'ne Nation!

Fremdenkarten zu dieser Sitzung **à 2 Mk.** sind zu haben bei: **Martin Hack u. Co.,** Musikhaus, Kaiserstraße 138, sowie im Zigarrengeschäft von **Hermann Meyle,** Kaiserstraße 141.

Mitgliederkarten zu **5 Mk.** sind noch zu haben bei **Martin Hack,** Kaiserstraße 138. (298

Wer ein Spaß	sagt er	Seht so ist's	sagt er
Will verstehn	sagt er	Liebe Leut	sagt er
Muß mit Witz	sagt er	Wie ich längst	sagt er
Sich versehn	sagt er	Prophezeit	sagt er
Denn ein Witz	sagt er	Wer nie närrisch	sagt er
Hilft gar viel	sagt er	Werden kann	sagt er
Wenn man avancieren will	sagt er!	Bleibt ein Narr	sagt er
		Lebenslang	sagt er!

Der Elferrat.

Danksagung.

Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme sowie für den überaus schönen Gesang bei meiner dahingeschiedenen Gattin spreche ich dem Sängerbund „Vorwärts" meinen tiefgefühltesten Dank aus. 303

Leonhard Herold.

Karlsruhe den 26. Januar 1905.

Wirtschafts-Eröffnung u. Empfehlung.

Einem titl. Publikum und verehrten Nachbarschaft die ergebene Mitteilung, daß ich die

Restauration zum „Schützen",

Wielandstraße, bei der Großh. Hauptwerkstätte, übernommen habe.

Durch Verabreichung von gutem **Bier** aus der **Union-Brauerei,** reinen **Weinen,** sowie **kalter** und **warmer Speisen** zu jeder Tageszeit werde ich bestrebt sein, Gäste zu erwerben und erhalten zu suchen.

Guter Rotwein. — Eigene Schlachtung.

Hochachtungsvoll

807 **Ludwig Servay, Metzger u. Wirt.**

Heute grosses Schlachtfest.

Neue Hülsenfrüchte

Erbsen, ganze, Viktoria per Pfund **20 ₰.**

Erbsen, halbe, Viktoria per Pfund **16 ₰.**

Erbsen, grüne, französ. per Pfund **25 ₰.**

Linsen per Pfund **15, 20, 24** und **28 ₰.**

Perl-Bohnen per Pfund **18 ₰**

Schwefel-Bohnen per Pfund **20 ₰.**

getrocknete **Schnitt-Bohnen** per 1/4 Pfd. **40 ₰,** per 1/1 Pfd. **160 ₰.**

geschälte Kastanien per Pfund **20 ₰.**

Dauer-Maronen per Pfund **18 ₰.**

Orangen feinste Ware, 3 Stück **20** und **25 ₰.**

mit 5% Rabatt in Rabattmarken

empfiehlt 303

Bernh. Kranz

Werderplatz 37, Waldstr. 40 e, 36 Kaiserstrasse 36.

Zu kaufen gesucht:

Die höchsten Preise bezahlt für altes Kupfer, Messing, Zinn, Zink, Blei, altes Eisen, Bücher, Zeitungen und Briefschaften zum Einstampfen, alte Herde, Oefen, Badeöfen und Badewannen, sowie Möbel aller Art immer noch nur. 297

Karl Kreis,
Morgenstraße 22, 2. Stock.

Blaue Anzüge,

stadtbekannt die Besten,

nur eigenes Fabrikat.

R. Pahr,
Arbeitskleiderfabrik,
Kronenstr. 32,
gegenüber der Kronenapotheke.

Stickereien

und Handarbeiten aller Art werden auf's Sorgfältigste chemisch gereinigt in der Chem. Waschanstalt Ed. Printz, Karlsruhe.

Stühle

werden dauerhaft geflochten

Friedrich Ernst,
198.12 **Rüppurrerstr. 46.**

2-Zimmerwohnung

mit Kochgaseinrichtung im Hinterhaus auf sofort oder später zu vermieten. Rüppurrerstraße 18, parterre.

Konsumverein Karlsruhe

und Umgebung.

Zwetschgen, Dampfäpfel

sowie

Murgthäler

Birnenschnitze

empfiehlt

300 **Der Vorstand.**

Durlach. 107

Einer geehrten Einwohner- u. Arbeiterschaft von Durlach u. Umgebung bringe mein **Friseurgeschäft** in empfehlende Erinnerung. Aufmerksame Bedienung.

August Birk, Friseur,
Auerstraße Nr. 17.

Karlsruhe.

Prima Pferdefleisch

sowie Ia. Qual. **Wurst** und **Fleischwaren** empfiehlt 84

Karl Götz, Pferdemetzger,
Durlacherstraße 55 sowie Kapellenstr. 52, Eingang durch d. Hof.